

**PRESSEINFO 37 / 2015****Berlin  
14. Juli 2015****zur sofortigen  
Veröffentlichung  
freigegeben****Belegexemplar erbeten**

## **Polizeigewerkschaften: Unerträgliche Machtspiele zu Lasten der 7.000 privaten Fluggastkontrolleure**

**Berlin/Bad Homburg – Kaum ein Tag vergeht, an dem die beiden konkurrierenden Polizeigewerkschaften GdP und DPoIG die Arbeit von 7.000 privaten Luftsicherheitsassistentinnen und –assistenten an den deutschen Verkehrsflughäfen diskreditieren. „Rainer Wendt und sein Kollege Ernst G. Walter von der Deutschen Polizeigewerkschaft sowie Jörg Radek, Vorsitzender der GdP Bundespolizei, tragen ihre gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen auf dem Rücken unserer Beschäftigten aus. Dies wird langsam unerträglich“, so Dr. Harald Olschok, Hauptgeschäftsführer des BDSW. Beiden gehe es nur darum, bei der geforderten Rücknahme der privatisierten Fluggastkontrolleure neuer Mitglieder zu gewinnen.**

Die Argumentationen der Polizeigewerkschaften sind widersprüchlich und leicht widerlegbar. Beispiel Entlohnung: Wendt und Walther sprechen davon, dass die Löhne der Fluggastkontrolleure inzwischen höher seien als die von jungen Polizeikommissaren. Kollege Radek von der GdP spricht von geringer Entlohnung, mangelhafter Ausbildung und hoher Fluktuation. Fakt ist: die Fluktuation an den Flughäfen liegt im Durchschnitt, Luftsicherheitsassistenten verdienen derzeit bis zu 17 Euro pro Stunde ohne Zuschläge und die Ausbildung erfolgt nach den Vorgaben und durch Prüfung der Bundespolizei.

Olschok empfahl den Polizeigewerkschaftern einen Blick in die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von DIE LINKE zur Qualität der Personenkontrollen auf Flughäfen:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/054/1805445.pdf>

Darin führt die Bundesregierung u.a. aus, dass die Auswertung der Qualitätskontrollberichte für das Jahr 2014 zeige, dass an einigen deutschen Flughäfen Qualitätskontrollmaßnahmen nicht im erforderlichen Umfang und in der erforderlichen Häufigkeit durchgeführt worden seien. Innenminister Thomas de Maizière machte gestern deutlich, dass es sich bei bemängelten Sicherheitslücken an Flughäfen nicht um die Passagierkontrolle selbst handele, sondern um die Qualitätsprüfung der Kontrolleure.

In ihrer Antwort führt die Bundesregierung überzeugend sechs Gründe auf, warum sich Wartezeiten bei der Kontrollen ergeben: Das Sicherheitsniveau und das Arbeitsverhalten in der Kontrollstelle ist nur ein Faktor. Gepäckmitnahme der Passagiere, Passagierführung der Flughäfen und die zur Verfügung gestellte Fläche für Kontrollen sowie Verlässlichkeit von Planungsdaten der Fluggesellschaften.

„Die Luftsicherheitskontrollen an den deutschen Verkehrsflughäfen sind das Ergebnis eines engen Zusammenspiels zwischen staatlicher Gewährleistung, Auftragsvergabe und Kontrolle der privaten Sicherheitskräfte. Sie haben sich in den vergangenen 20 Jahren bewährt. Gewerkschaftliche Machtspiele verunsichern die Passagiere und werden nicht der sicherheitspolitischen Verantwortung der beiden Polizeigewerkschaften gerecht“, so Olschok abschließend.

**Kontakt:****Silke Wollmann**  
PressesprecherinBUNDESVERBAND DER  
SICHERHEITSWIRTSCHAFT  
Universitätsstr. 2-3a  
10117 Berlin  
T. + 49 30 288807 26  
Mobil + 49 162 7543914  
E. [wollmann@bdsw.de](mailto:wollmann@bdsw.de)Bundesgeschäftsstelle  
Norsk-Data-Straße 3  
61352 Bad Homburg  
T. +49 6172 948050  
F. +49 6172 458580

Brancheninformationen ([www.bdsw.de](http://www.bdsw.de))

Die deutsche Sicherheitswirtschaft beschäftigt circa 250.000 Mitarbeiterinnen und erwirtschaftete 2014 nach ersten Schätzungen einen Umsatz von über 12 Milliarden Euro. Davon entfiel der größte Anteil auf die Sicherheitsdienstleistungen. Private Sicherheitsdienstleister beschäftigten bundesweit fast 190.000 Sicherheitsmitarbeiter und konnten im Jahr 2014 nach ersten Schätzungen einen Umsatz von 5,3 Mrd. Euro erzielen, sie repräsentieren somit über 45 Prozent des Umsatzvolumens der Sicherheitswirtschaft. Die Mitgliedsunternehmen bieten vor allem hochwertige Dienstleistungen an wie Flughafensicherheit, Schutz von Kernkraftwerken, militärischen Liegenschaften und Industrieanlagen sowie Geld- und Wertdienste.